

Wie eine Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln aussehen kann

Thomas Roithner ¹

„Frieden ist der Ernstfall“, so der deutsche Bundespräsident Gustav Heinemann bei seiner Antrittsrede im Jahr 1969. Er sprach vom „Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben“. Mit „alle“ meinte er politische Institutionen, die Gesellschaft und ihre Werte und auch die Zivilgesellschaft und die Forschung. Der Kontext seiner Rede: atomares Wettrüsten, Ost-West-Gegensatz, vermeintliche Sicherheit durch Abschreckung. Die symbolische Weltuntergangsuhr des „Bulletin of the Atomic Scientists“ zeigte im Jahr seiner Rede sieben Minuten vor Mitternacht. Gustav Heinemann sah im Friedenmachen eine anspruchsvolle und stetig zu verfolgende Aufgabe. Einen Ernstfall.

Friedensverständnisse

Es gibt nicht nur ein Verständnis von Frieden. Wenn wir einen Abschreckungsfrieden verfolgen, wissen wir heute genau, in welchen Bereichen wir Geld investieren müssen. Um „kriegsfähig“ zu werden – wie es manche in Österreich in den Raum stellen – scheint offenkundig, wohin die Mittel fließen müssen. Augenscheinlich wird dieser Diskurs auf Negativ-Szenarien verengt und wir debattieren im permanenten „Alarmzustand“. Die Debatte wird durch Angst getrieben, nicht durch das Ringen um eine Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln.

Können wir Gustav Heinemanns Denken eins zu eins ins Heute übertragen? Nein, ich denke nicht. Friedenspolitik ist nicht wie kochen mit erprobten Rezepten und hat kein Procedere wie in einem Standard-Kochbuch. Aber wir haben eine fundierte und auch historisch begründbare Basis, um zu wissen, welche Zutaten für einen „Frieden ohne Gewalt“ – wie unsere Veranstaltung titelt – verträglich sind. Es braucht also einen auf Heilpflanzen spezialisierten Ernährungsratgeber für eine Friedenspolitik ohne Gewalt.

In einem Buch, welches im Vorfeld der Österreichischen Sicherheitsstrategie 2013 publiziert wurde, konnten Friedensforscher*innen und eine wissenschaftsbasierend arbeitende

¹ Impuls anlässlich der vom Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF) ausgerichteten Veranstaltung „Frieden ohne Gewalt? Ist Zukunft beeinflussbar? Ja!“ am 26. Mai 2026 in der VHS Urania, 1010 Wien. Dieser Essay beruht auf den mündlichen Ausführungen des Autors.

Zivilgesellschaft mit der Direktion für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport daran arbeiten, was eine „Trademark Austria“ ausmacht. Titel des Buches war „Wieviel Sicherheit braucht der Friede?“. Seither gab es zahlreiche zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Ansätze einer Weiterentwicklung. Einer der jüngeren konstruktiven Vorschläge ist die von Versöhnungsbund Österreich und ICAN Österreich Partner verfasste Österreichische Friedensstrategie.

Das Verständnis der Friedensstrategie ist nicht, wie wir effektiv Mauern und Zäune um Österreich oder die EU bauen können, sondern wie auf internationaler Ebene zivile und glaubwürdige Beiträge zur Konfliktbearbeitung geleistet werden können. Politisch wird auf diesem Weg Sicherheit (auch) für Österreich geschaffen.

Konzeption von „Frieden ohne Gewalt“

Aufbauend auf den Überlegungen möchte ich mit Ihnen geometrisch veranschaulichen, wie „Frieden ohne Gewalt?“ aussehen kann.

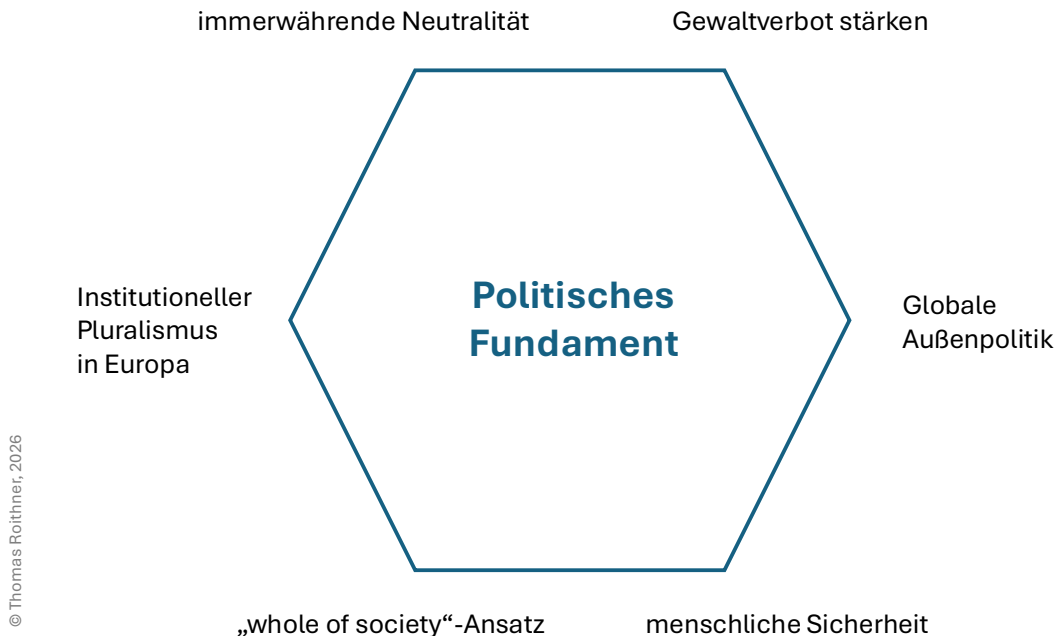
- Als Grundfläche und politisches Fundament dient uns ein Hexagon.
- Sechs friedenspolitische Schwerpunkte gestalten den Raum.
- Wer sich mit historischer Architektur beschäftigt, weiß über die Bedeutung eines Schlusssteines. An der Spitze unserer Konstruktion steht friedenspolitisches Veränderungspotenzial im Kontext historisch gewachsener Machtasymmetrien, Abhängigkeiten und Diskursen.

Bevor wir zu konstruieren beginnen, sind zwei Fragestellungen wichtig:

1. Welche Beiträge Österreichs sind international gefragt? Wo kann Österreich nützlich sein?
2. Wo kann Österreich auch glaubwürdig einen Mehrwert leisten, der sich von anderen Staaten unterscheidet?

Friedenspolitisches Fundament

Das politische Fundament wird durch sechs Grundsätze geprägt.



1. Immerwährende Neutralität heißt völkerrechtlich, sich an keinem Krieg im Sinne des Völkerrechts zu beteiligen. Weder direkt noch indirekt und unabhängig davon, wann Krieg geführt wird und wer. „In steiler Perspektive“, so der Linzer Völkerrechtsprofessor Manfred Rotter, ist die Neutralität ein „Status der generellen Kriegsverweigerung“.

Aber neutral sein, heißt nicht, nichts tun. Neutralität ist kein Selbstzweck im Sinne von „Stillsitzen“, sondern Basis für aktive Friedenspolitik.

2. Achtung und Stärkung des Gewaltverbots gemäß der UN-Charta und eine aktiv gewaltfreie Außenpolitik.

Der Ansatz kann auch aus Immanuel Kants „ewigem Frieden“ entnommen werden: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staates gewalttätig einmischen.“ (5. Präliminarartikel)

Ist das ein idealistisches Programm? Höchstens zum Teil. Es liegt im ureigensten Interesse Österreich, dass die Stärke des Rechts vor dem Recht des Stärkeren steht. Das ist ein realistisches Sicherheitsinteresse.

Wir sollten höchst sensibel mit der „humanitären Intervention“ oder der so genannten „Schutzverantwortung“ umgehen. Ihre Debatte ist nicht selten Basis für einen militärischen Interventionismus, der auf eine Schwächung des völkerrechtlichen Gewaltverbots abzielt. Häufig wird in der EU von „regelbasierter Ordnung“ statt vom Völkerrecht gesprochen. Aber wessen Regeln sind das und wer ist davon betroffen? Heute wird von vormals engen Verbündeten behauptet, man brauche kein Recht. Die Beschränkung der Macht sei die eigene Moral.

3. Globale Außenpolitik Österreichs endet nicht an den politischen und geographischen Grenzen der EU. Globale Außenpolitik wurde – mit wichtigen Ausnahmen – seit den 1990er Jahren zunehmend vernachlässigt.

In der aktuellen Phase der Großmächtekonkurrenz gilt es einen nützlichen Beitrag zu leisten, inkludierend wirkende Foren und Institutionen zu stärken. Eine aktive Amtssitzpolitik ist nicht nur eine außenpolitische Fingerübung, sondern im strategischen Interesse Österreichs.

Globale und integrierend wirkende Foren braucht es nicht nur bezüglich Krieg und Frieden. Auch beim Umgang mit den Ursachen und Folgen der Klimaerhitzung benötigt es besonders auch die Vorschläge jener Menschen und Staaten, die am meisten betroffen sind.

4. Menschliche Sicherheit ist nicht primär ein militärischer Ansatz für territoriale Sicherheit, sondern wird als Sicherheit des Menschen verstanden. Dies umfasst beispielsweise wirtschaftliche und soziale Sicherheit, Sicherheit der Gemeinschaft, Sicherheit der Ernährung oder der Gesundheit.

Der Unterschied wird in manchen Fällen dort augenscheinlich, wenn über Waffenexporte entschieden wird (ökonomischer Gewinn vs. Menschenrechte und internationale Glaubwürdigkeit) oder über Friedensdeals gesprochen wird, die über die Köpfe der Menschen hinweg gültig werden sollen und sich lediglich an geopolitischen und geoökonomischen Interessen orientieren.

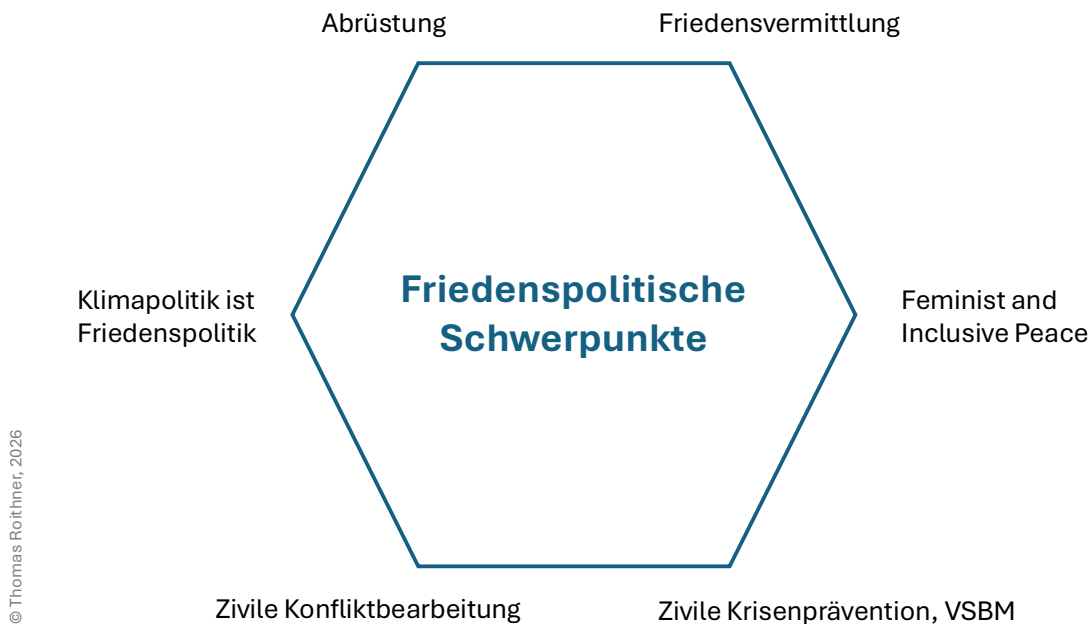
5. Ein „whole of society“-Ansatz bietet nicht nur Regierung oder politischen Parteien eine Stimme, sondern auch Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften oder Jugendorganisationen.

Der Ansatz bietet erstens einen Ausgangspunkt für eine lebhafte Debattenkultur, zweitens im Kant'schen Sinne des „ewigen Friedens“ die „Beistimmung der Bürger“ und drittens, dass zivilgesellschaftliche Akteure jenseits direkter staatlicher Interessen mit gewaltfreien Mitteln an den Ursachen, Folgen und Verläufen von Konflikten arbeiten. In Deutschland wurden im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes seit über 25 Jahren über 1800 Friedensfachkräfte in über 60 Staaten entsandt. Die Entsendung von spezifisch ausgebildeten und erfahrenen Friedensfachkräften erfolgt auf Augenhöhe zwischen (zumeist) zivilgesellschaftlichen Akteuren in Europa und lokalen Akteuren in Krisen- und Konfliktgebieten. Trotz Verankerung im letzten österreichischen Regierungsprogramm und mehrfachen Projekteinreichungsprozessen ist es nicht gelungen, einen Zivilen Friedensdienst in Österreich einzuführen.

6. Außenpolitik wird stark durch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU geprägt. Durch eine militärisch und rüstungsindustriell beeinflusste Diskursverengung der EU(-Kommission) werden beispielsweise Organisationen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder der Europarat zunehmend marginalisiert. Das entzieht Handlungsmöglichkeiten wie auch Dialogforen.

Friedenspolitische Schwerpunkte

Wenn wir über friedenspolitische Schwerpunkte sprechen, braucht es eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten. Was ist international gefragt? Wo kann Österreich nützlich und konstruktiv sein?



1. Österreich – wie auch andere Neutrale – haben bei der Abrüstung von Atomwaffen, Anti-Personen-Minen oder Streumunition eine besondere Rolle. Österreich hat im Bereich der humanitär begründeten Abrüstung international eine Vorreiterrolle eingenommen und aktiv an der Schaffung völkerrechtlicher Verträge zum Verbot dieser unterschiedslos tötenden oder verletzenden Waffensysteme mitgewirkt (Atomwaffenverbotsvertrag 2021, Übereinkommen über Streumunition 2010, Ottawa-Konvention 1999). Im Zentrum steht ein menschlicher Sicherheitsbegriff, der sich beispielweise durch Opferschutz im Atomwaffenverbotsvertrag ausdrückt.

Die Debatte zu nuklearem Kolonialismus hat von vielen Staaten des Globalen Südens mit neutralen EU-Staaten wie Österreich und Irland wertvolle Impulse angestoßen. Ich selbst habe bei größeren Konferenzen in Wien (Vertragsstaatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag 2021 oder Konferenz zur Regierung autonomer Waffensysteme 2024) teilnehmen können. Die geschickte österreichische Diplomatie

zur humanitär begründeten Abrüstung wird international sowohl von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie auch von Staaten besonders beachtet und geschätzt.

Auf EU-Ebene und im konventionellen Bereich ergibt sich ein differenzierteres Bild. Der Friedensforscher Werner Wintersteiner führt schon vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine aus: „Wenn es um die EU geht, schließt sich Österreich (weitgehend kritiklos und ohne genauere Prüfung) den dominierenden Strömungen innerhalb der EU an“.

2. Als Verhandlungsort, Gastgeber und Anbieter „guter Dienste“ hat Österreich großes Ansehen. Um jedoch die Rolle des Friedensvermittlers wirklich einzunehmen, sind staatliche personelle und finanzielle Kapazitäten zu stärken und die unterstützende Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zu intensivieren. In manchen Bereichen war Österreich jüngst aber auch politisch zu einseitig, um vermitteln zu können.
3. Eine vom BMEIA am Februar 2026 organisierte Konferenz über Frauen, Frieden und Sicherheit hat eine Vielfalt von internationalen Aktivitäten sichtbar werden lassen. Um Fragen von Frieden und Sicherheit inklusiv zu gestalten, ist ein Ansatz notwendig, der die binäre Geschlechterlogik kritisch reflektiert und Vielfalt anerkennt und lebt.

Umfangreiche globale und empirische Studien zeigen, dass ziviler Widerstand erfolgreicher ist, wenn nicht nur Männer über zivilgesellschaftliche Strategien und Handlungsoptionen beraten und entscheiden. Auch der Diskurs zur nuklearen Abrüstung reflektiert dies ausdrücklich.

4. und 5. Zivile Instrumente haben Vorrang. Oft ist zu hören: Krieg ist das letzte Mittel. Wir investieren aber derzeit viel zu wenig in das vorletzte und vorvorletzte Mittel. Das sind staatliche wie nichtstaatliche zivile Instrumente zur Konfliktbearbeitung und Krisenprävention.

Beispielsweise sehen wir, dass Schweden oder Finnland im Rahmen ziviler EU-Auslandseinsätze fünfmal bzw. viermal so viel Personen entsenden wie Österreich. Auch Irland macht mehr als Österreich.

Vorbeugen ist stets besser und billiger als heilen. Mein Fachkollege Bernhard Moltmann hat die in Wien ansässige Organisationen für Sicherheit und

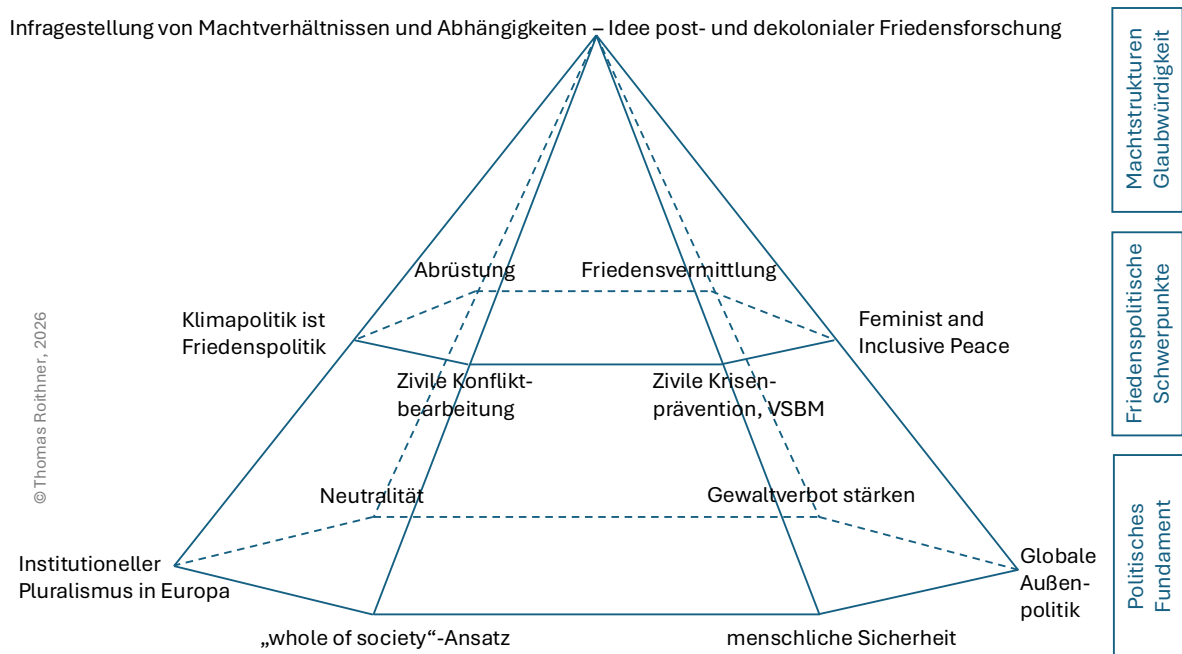
Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als „Champignon der Präventionsidee“ bezeichnet. Die OSZE ist nur so stark, wie die Mitgliedstaaten das möchten. Besondere Solidarbeiträge und Kooperationen im Rahmen der OSZE können dann erfolgreich sein, wenn sich diese auf Erwartungsstabilität und gemeinsame Sicherheitsinteressen stützen können. Im Hinblick auf die Debatte einer künftigen gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung ist der Gedanke der OSZE von zentraler Relevanz.

5. Klimapolitik als Friedenspolitik zu sehen, zeigt: Frieden ist mehr als die Abwesenheit von direkter Gewalt und Krieg. Klimapolitik drückt ein breites Verständnis von Friedenspolitik aus. Die Ansätze von environmental peacebuilding sollen sowohl Umwelt- und Klimaschutz als auch friedliche und gewaltfreie Beziehungen unterstützen.

Auch wenn klar ist: auf den Klimawandel kannst Du nicht schießen, ist eine Versicherheitlichung der Umwelt- und Klimapolitik zu beobachten. In der Debatte um den Klimawandel gibt es nicht nur ein greenwashing klimaschädlichen Verhaltens, sondern auch ein peacewashing, ein Verschleiern oder auch eine Instrumentalisierung von Friedensförderung, um den Diskurs von Aufrüstung wegzuleiten.

Der Schlussstein – Machtverhältnisse und Abhängigkeiten in Frage stellen

Die Spitze unserer Pyramide wirkt wie ein Kompass. Dabei stehen Einsichten und Veränderungspotenziale bezüglich Machtverhältnisse, Abhängigkeiten und Wahrnehmungen in internationalen Beziehungen im Zentrum. Diese Spitze möchte ich als post- und dekoloniale Perspektive der Friedensforschung beschreiben.



Was ist damit gemeint?

- Fragen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit werden im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhandelt. Kein afrikanischer oder lateinamerikanischer Staat hat einen ständigen Sitz in diesem Gremium, obwohl Menschen in hohem Maß von diesen Entscheidungen betroffen sind. Eine Reform der UNO muss sich demnach an globaler Gerechtigkeit und Repräsentation menschlicher Sicherheit orientieren.
- Die Perspektive zeigt uns, dass die effektivsten zivilen Instrumente nicht genug helfen, wenn globale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen nicht friedensfähig ausgestaltet werden und massive Ungleichheit und soziale Spaltung erzeugen.

- Postkoloniale Ansätze fragen, was den Ausschlag gibt, dass Friedenspläne für die Ukraine von Seiten afrikanischer Staatschefs in der Debatte der EU marginalisiert werden und unklare Andeutungen des US-Präsidenten zur Kriegsbeendigung breiten Interpretationsraum erhalten.
Eurozentrismus bzw. Transatlantizismus sind in unserer Wahrnehmung diskursbestimmend.
- Es ist auch nach der Prägung unseres Diskurses zu fragen, wenn eine Verletzung des humanitären Völkerrechts und des völkerrechtlichen Gewaltverbots im Fall A sanktioniert wird, im Fall B nur rhetorisch kritisiert wird und im Fall von C kaum auf den Titelseiten der heimischen Zeitungen Platz findet.

Der deutsche Bundespräsident Gustav Heinemann sprach vom „Frieden als Ernstfall“ als die Weltuntergangsuhr sieben Minuten vor Mitternacht anzeigte. Heute steht die Doomsday Clock auf 85 Sekunden vor Mitternacht. Zu nuklearen Beurteilungskriterien kommt auch der Risikomultiplikator Klimawandel sowie disruptive Technologien. Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge und Berechenbarkeit sind verloren gegangen, während die Budgets für Waffen und Militär jedes Jahr neue Rekorde brechen.

Ich möchte mit einem Zitat des österreichischen Zukunftsdenkers und Trägers des Alternativen Nobelpreises, Robert Jungk, schließen: „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten und nicht den Krieg.“

Der Autor

Thomas Roithner, Friedensforscher, Privatdozent für Politikwissenschaft und Senior Lecturer am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien, Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund – Österreichischer Zweig mit Schwerpunkten Friedensstrategien, Methoden und Instrumente aktiver Friedenspolitik und Ziviler Friedensdienst, www.thomasroithner.at

Literatur

Österreichische Friedensstrategie. Österreichs außen- und sicherheitspolitische Beiträge für Europa und die Welt zivil gestalten, Internationaler Versöhnungsbund (IVB), Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen (ICAN Austria), Roithner Thomas, Hämmerle Fabian, 4. Auflage, Wien September 2025.

Roithner Thomas, Frank Johann, Huber Eva (Hg.): Wieviel Sicherheit braucht der Friede? Zivile und militärische Näherungen zur österreichischen Sicherheitsstrategie, Lit-Verlag, Berlin – Wien 2013.

Roithner Thomas, Hämmerle Pete: Hilfe vor Ort in Krisengebieten: Ein Elchtest für Friedenspolitik. Was hat die türkis-grüne Bundesregierung in Sachen Friedensdiplomatie weitergebracht?, in: Die Presse, Gastkommentar, 9.9.2024, Wien.

Roithner Thomas: Granaten, Geld, Gewaltverbot. Die immerwährende Neutralität Österreichs, die Europäische Union und wie eine Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln aussehen kann, Buchschmiede, Wien 2025.

Wien, 1. Juni 2026